

**Nr. 19/11 vom 14.05.2019**

## **Internationaler Energiedialog**

### **Europäische Versorgungssicherheit – Wie kann sie nach dem Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohleverstromung gewährleistet werden?**

**Berlin. Bis zum Jahr 2038 will die Bundesrepublik Deutschland neben der Kernenergie aus der Kohleverstromung aussteigen. Welche Auswirkungen dies auf die nationale und europäische Versorgungssicherheit haben könnte und welche Maßnahmen getroffen werden müssen, damit es nicht zum „Blackout“ kommt, wurde im Rahmen des Internationalen Energiedialogs am 8. Mai 2019 in Berlin mit relevanten Stakeholdern diskutiert.**

Die Energiesicherheit müsse zwingend europäisch gedacht werden, betonte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie Thomas Bareiß, MdB, in seiner Keynote beim Internationalen Energiedialog des Forum für Zukunftsenergien e.V. Hierbei sei es entscheidend, das Niveau der europäischen Versorgungssicherheit systemisch zu beurteilen und den engen Austausch mit den europäischen Nachbarn zu suchen. Bei dieser Thematik komme es jedoch nicht nur auf den Ausbau von Erzeugungskapazitäten an, sondern ebenfalls auf den Ausbau eines widerstands- und leistungsfähigen Stromnetzes. Aus diesem Grund sei die von der WSB-Kommission empfohlene Revisionsklausel wichtig, weil damit bei Bedarf nachgesteuert werden könne. Insgesamt müsse der Fokus der Debatte in der Energiepolitik stärker auf der Erreichung aller drei Aspekte des energiepolitischen Dreiecks – Umweltschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit – liegen und nicht wie derzeit nur auf dem Aspekt des Klima- und Umweltschutzes, so PStS Bareiß. Ein eingeschränkter Fokus würde im Übrigen die Akzeptanz für die Energiewende schwinden lassen.

Nach den Grußworten von S. E. Baron Willem van de Voorde, Botschafter des Königreichs Belgien, und des Ministers für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen sowie Kurator des Forum für Zukunftsenergien e.V., Prof. Dr. Andreas Pinkwart, erläuterte Nancy Mahieu, Director General for Energy der FPS Economy, dem Belgischen Ministerium für Wirtschaft, KMB, Mittelstand und Energie, die Maßnahmen, die der belgische Staat bereits eingeleitet hat bzw. derzeit plant, um die Versorgungssicherheit zu wahren. So sei zunächst ein Rechtsrahmen geschaffen worden, mit dem das Flexibilitätspotential gefördert und genutzt werden soll. Damit können Anbieter von Demand Side Management-Maßnahmen (DSM) am Markt teilnehmen und werden für ihr jeweiliges Angebot an Flexibilität entlohnt. Neben einem verstärkten Ausbau von Erneuerbaren Energien, insbesondere von Offshore-Wind, werde in Kürze zusätzlich ein Mechanismus zur Kapazitätsvergütung (CRM) eingeführt, um die benötigten Anlagen zu finanzieren. Eine erste Auktion in diesem Rahmen soll im Jahr 2021 durchgeführt werden, so Mahieu. Außerdem werde der Ausbau von Interkonnektoren mit den belgischen Nachbarländern vorangetrieben. Sie unterstrich abschließend die Auswirkungen, die der deutsche Kohleausstieg auf die Versorgungssicherheit Belgiens haben werde. Daher habe Belgien bei einem jüngsten Treffen mit Bundesminister Altmaier gefordert, dass bei der Entscheidung, welche Kraftwerke in Deutschland zuerst stillgelegt werden, die Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit Belgiens mit berücksichtigt werden müsse.

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten die Abgeordneten Sandra Weeser, MdB (FDP) und Dr. Ingrid Nestle, MdB (Bündnis90/Die Grünen) sowie der Geschäftsführer Märkte und Systembetrieb der 50Hertz Transmission GmbH, Dr. Dirk

Biermann, unter Leitung von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V. Dabei unterstrichen alle Beteiligten die Notwendigkeit einer europäischen Betrachtung der Thematik Versorgungssicherheit.

Die Abgeordnete Weeser betonte, dass die Kapazitäten, die durch einen Ausstieg aus der Kohleverstromung verloren gingen, zunächst vornehmlich durch den Aufbau weiterer Gaskraftwerkskapazitäten aufgefangen werden müssten, um die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden. Des Weiteren schlug sie ein Abkommen mit der Schweiz vor, um z.B. die dortigen Speicherkapazitäten nutzen zu können. Sollten zu den von der WSB-Kommission vorgeschlagenen Überprüfungszeitpunkten Probleme bezüglich der Versorgungssicherheit erkennbar werden, sollte ihrer Meinung nach der Ausstiegspfad angepasst werden. Gleichzeitig warnte Weeser davor, vom hohen Niveau der Versorgungssicherheit in Deutschland abzuweichen und eine größere Toleranz zu akzeptieren – gerade für Unternehmen der energieintensiven Industrien könnten selbst kürzeste Stromausfälle zu großen wirtschaftlichen Belastungen führen.

Im Gegensatz zu PStS Bareiß betonte die Abgeordnete Dr. Nestle ihren persönlichen Eindruck, dass der Aspekt des „Klimaschutzes“ in der derzeitigen Debatte vernachlässigt werde. Dabei erwarte sie trotz des Ausstiegs aus der Kernkraft und aus der Kohleverstromung bei der Versorgungssicherheit keine Probleme, wenn die Bundesregierung zeitnah die notwendigen Maßnahmen trafe. So müssten etwa Reallabore stärker unterstützt und Anreize zur Verbrauchsflexibilität geschaffen werden - hierbei könne auch über einige wenige Gaskraftwerke für kurze Spitzenlastzeiten nachgedacht werden. Einen einfachen „Fuel Switch“ von Kohle zu Gas ohne weitere Maßnahmen lehne sie aber strikt ab. Gerade die Betrachtung des europäischen Kontexts helfe der Versorgungssicherheit enorm, da z.B. Spitzenlastzeiten europaweit nicht parallel einträten. Dr. Nestle hob dabei hervor, dass die Energiewende die Versorgungssicherheit nicht verschlechtere.

Der Geschäftsführer Märkte und Systembetrieb bei der 50Hertz Transmission GmbH Dr. Dirk Biermann stellte klar, dass es aus technischer Sicht möglich sei, trotz eines Kohleausstiegs die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Notwendig sei hierfür jedoch, dass die politischen Entscheidungsträger klare Rahmenbedingungen setzten. Auch er bestätigte, dass die Spitzenlast in der EU nicht zur gleichen Zeit auftrete und der europäische Markt zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit daher einen großen Mehrwert biete. Trotzdem könne es sinnvoll sein, ein nationales „Polster“ an Kapazitäten vorzuhalten, eine komplette Autarkie sei allerdings nicht sinnvoll. In Bezug auf den Netzausbau lobte Dr. Biermann die neuesten Regelungen des Gesetzgebers und begrüßte, dass zunehmend auch der Bevölkerung klar werde, dass der Netzausbau wichtiger Bestandteil der Energiewende sei. Grundsätzlich könne der Netzausbau allerdings nie „schnell genug“ sein, denn der Anlagenbau sei weniger aufwendig als der Leitungsausbau. Die Versorgungssicherheit sehe er durch den stockenden Netzausbau allerdings nicht als gefährdet an, unterstrich Dr. Biermann. Darüber hinaus würde es für die Netzbetreiber die Planungen stark vereinfachen, wenn frühzeitig feststünde, welche konkreten Kraftwerksstandorte zuerst von einer Stilllegung betroffen seien.

Wir danken der Uniper SE für die Unterstützung sowie der Botschaft des Königreichs Belgien in Berlin für die Gastfreundschaft.

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

#### **Kontakt:**

Forum für Zukunftsenergien e.V.      Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0

Reinhardtstr. 3  
10117 Berlin

Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
[www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)  
Twitter @FfZeV